

## **Marburger Bund Hessen**

*1. Wie seit vielen Jahren bekannt gefährdet der Fachkräftemangel in den Krankenhäusern die Leistungsfähigkeit im Gesundheitswesen. Die chronische Unterbesetzung ärztlicher Stellen führt zur Überlastung von Ärzten und Pflegekräften, die letztlich die Patienten zu spüren bekommen. Was sind Ihre Pläne, gegen den Ärztemangel in Hessen vorzugehen?*

### **Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:**

Unsere Gesellschaft steht vor einer demographischen Herausforderung, die viele Bereiche betreffen wird. Der Fachkräftemangel macht sich auch im Gesundheitswesen bemerkbar. Wie in fast allen Berufen des Gesundheitsbereichs werden auch immer öfter Ärztinnen und Ärzte händeringend gesucht, ebenso wie Pflegekräfte. Wir GRÜNE haben in Hessen bereits viel erreicht, um wieder mehr Fachkräfte zu gewinnen. Unter der Leitung der neu eingerichteten „Stabsstelle Fachkräftemangel“ wurden unterschiedlichste Maßnahmen initiiert. Wir arbeiten hier in drei Säulen: Qualifikation von Nachwuchskräften, Weiterbildung und Anerkennung von Beschäftigten und Aktivierung von Fachkräften, die bisher nicht auf dem Arbeitsmarkt vertreten sind. Wir wollen unsere Programme bis 2025 weiterführen und ausbauen. Dazu gehören unter anderem:

- eine gemeinschaftliche Lösung aller Länder, um zusätzliche Studienplätze in der Medizin zu schaffen. Hessen bildet schon jetzt weit über dem Durchschnitt aus. Wir sind bereit, diese Leistung nochmal zu erhöhen und noch mehr Medizin-Studienplätze anzubieten.
- Wir wollen, dass jedem Jugendlichen ein beruflicher Abschluss gelingt. Dafür wollen wir die sozialpädagogische Begleitung von Ausbildungsprojekten verstärken.
- Wir werden unser Langzeitarbeitslosenprogramm ausbauen, um mehr ehemalige SGB II-Bezieherinnen und –Bezieher für sozialversicherungspflichtige Jobs zu gewinnen.
- Wir werden weiterhin an der Durchlässigkeit zwischen Ausbildung und Studium arbeiten, um das Ausbildungssystem weiter zu stärken.
- Wir werden die Kinderbetreuung ausbauen, damit Eltern wieder in den Beruf einsteigen können.
- Wir wollen Frauen dabei unterstützen, nach längeren Phasen der Familienarbeit wieder auf dem Arbeitsmarkt einzusteigen.
- Wir wollen die Anerkennung von Ausbildungen im Ausland erleichtern. Bürokratie darf kein Hindernis sein, hier einen Arbeitsplatz zu finden.

Der Fachkräftemangel hat verschiedene Ursachen, daher arbeiten wir GRÜNE auch an verschiedenen Stellschrauben, um den Herausforderungen der Zukunft angemessen zu begegnen.

*2. In den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl der Patienten in der Notaufnahme verdoppelt. Doch viele der Patienten sind überhaupt keine „echten“ Notfälle und könnten ambulant behandelt werden. Die Öffnungszeiten des ärztlichen Bereitschaftsdienstes sind jedoch sehr intransparent, die Nummer 116117 unzureichend bekannt, so dass die Patienten in die Notaufnahmen kommen. Gleichzeitig werden die Krankenhäuser hierfür unzureichend finanziert. In Höchst läuft derzeit ein erster Modellversuch. Welche Maßnahmen planen Sie, um eine integrative Notfallversorgung weiter voranzutreiben?*

**Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:**

Wir wollen, dass jede Patientin und jeder Patient zügig Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner und dann die richtige Adresse für sein Problem findet. Derzeit wird die Notaufnahme der Krankenhäuser mit ambulant behandelbaren, leichten Krankheiten unnötig belastet. Deshalb werden wir das Modellprojekt des Klinikum Höchst weiterentwickeln. Patient\*innen werden so vorab im Eingangsportaal von geschultem Personal auf ihre Beschwerden geprüft. Von dort vermittelt das medizinisch geschulte Personal die Patienten entweder zu ambulanten Angeboten, beispielsweise kooperierenden Hausärzten weiter, oder in Angebote des Krankenhauses (Notaufnahme oder geplante spätere Aufnahme), sofern dies notwendig ist. Dies wollen wir hessenweit für alle Krankenhäuser ermöglichen, da das Modellprojekt in Höchst sehr erfolgreich läuft.

*3. Der von Bund und Ländern beschlossene Masterplan 2020 stellt es den Ländern frei, bis zu 10% der Plätze an Studenten zu vergeben, die sich vertraglich verpflichten, nach dem Studium zehn Jahre in einer unterversorgten Region zu praktizieren. Bei Vertragsbruch drohen erhebliche Sanktionen, die laut Bundesgesundheitsministerium bis 150 000 Euro betragen können. In Nordrhein-Westfalen ist die Regierung aufgrund der Einführung einer Landarztquote stark in Kritik geraten. Ist auch in Hessen eine Einführung einer Landarztquote geplant?*

**Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:**

Nein, dennoch halten wir Anreizprogramme für eine sinnvolle Ergänzung und sind der Auffassung, dass Medizinstudierende bereits früh im Studium Erfahrungen in einer Landarztpraxis sammeln sollten, damit sie ein Gefühl für die Arbeit in ländlichen Regionen bekommen. Neben Landarzt-Stipendien halten wir es für wichtig, dass angehende Ärzte und Ärztinnen bei der Sanierung oder der Miete ihrer Praxis unterstützt werden. Auch bei der Suche der Familienmitglieder nach einem Arbeits- oder Schulplatz auf dem Land wollen wir helfen. Insgesamt wollen wir auch mehr Medizin-Studienplätze schaffen.

*4. Da mittlerweile nicht nur Ärzte auf dem Land fehlen, sondern es auch Kliniken immer schwerer fällt Ärzte zu finden, ist es aus Sicht des Marburger Bundes nicht zielführend, Quoten einzuführen, sondern wir fordern schon seit Langem eine Aufstockung der Studienplätze um 10 Prozent um dem Ärztemangel gegenzusteuern. Was sind Ihre Pläne, um dem Ärztemangel entgegen zu steuern? Was halten Sie von einer Aufstockung der Studienplätze um 10 Prozent?*

**Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:**

Wir GRÜNEN sind ebenfalls der Meinung, dass mindestens zehn Prozent mehr Studienplätze in der Medizin geschaffen werden müssen, denn in Deutschland werden zu wenig Ärztinnen und Ärzte und

vor allem zu wenig Hausärztinnen und Hausärzte ausgebildet, was die flächendeckende Gesundheitsversorgung besonders in ländlichen Regionen gefährdet. Wir werden uns für Zulassungsverfahren zum Medizinstudium einsetzen, die nicht allein die Abiturnote in den Vordergrund stellen, sondern zum Beispiel mehr soziale Kompetenzen und Berufserfahrungen berücksichtigen.

Wir haben unsere landespolitische Verantwortung wahrgenommen und die hiesigen Universitätskliniken immer wieder unterstützt. Gleichwohl kann dies keine dauerhafte Lösung für die Unterfinanzierung der Hochschulmedizin sein. Wir werden uns daher auf Bundesebene dafür einsetzen, dass eine dritte, zusätzliche Finanzierungssäule zur Förderung der Universitätskliniken eingeführt wird, die die besonderen Leistungen bei der Behandlung schwerster und seltener Krankheiten durch die unabhängige medizinische Forschung und die Ausbildung vergütet. Zudem streben wir eine gemeinschaftliche Lösung aller Länder an, zusätzliche Studienplätze in der Medizin zu schaffen. Hessen bildet schon jetzt weit über Durchschnitt aus. Wir sind aber bereit, diese Leistung im Rahmen der Gesamtverantwortung der Länder nochmal zu erhöhen.

*5. Trotz Ärztemangel können viele Studierende in Hessen nach erfolgreich bestandem Physikum nicht weiterstudieren. Grund sind die Teilstudienplätze, also nur ein gesicherter Studienplatz im vorklinischen Studienabschnitt. Sind im klinischen Abschnitt die Kapazitäten erschöpft, heißt es erst einmal Schluss für diese Medizinstudenten. Vor allem Marburg ist davon betroffen. Was sind Ihre Pläne zum Thema Teilstudienplätze?*

**Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:**

Teilstudienplätze in der Medizin bedeuten, dass Studierende nach dem Physikum exmatrikuliert werden und sich für das klinische Semester neu um einen Studienplatz bewerben müssen. Das klappt leider nicht immer und bringt die jungen und motivierten Studierenden in eine unglückliche Situation. Zusätzliche Studienplätze sind dringend erforderlich, um dem Ärztemangel insbesondere im ländlichen Raum entgegenzuwirken. Durch die Umwandlung von Teilstudienplätzen hin zu Vollstudienplätzen schaffen wir zusätzliche Ausbildungsmöglichkeiten für Ärztinnen und Ärzte. Bereits im kommenden Wintersemester werden 40 zusätzliche klinische Plätze in Marburg zur Verfügung stehen. Zum Sommer nächsten Jahres sollen es schon 80 sein, sodass zum Jahreswechsel 2020/21 insgesamt 185 klinische Studienplätze hinzu gekommen sein werden. Mit der Umwandlung von Teil- in Vollstudienplätze haben junge Ärztinnen und Ärzte mehr Sicherheit und Erfolgchancen, ihr Studium schnell und ohne Unterbrechungen abzuschließen. Unser Ziel ist es, alle Teilstudienplätze in Vollstudienplätze umzuwandeln.

Die Kooperation der Universität Marburg, der Hochschule Fulda und dem Klinikum Fulda ist eine gute Fortentwicklung, die Hessen weiter stärken wird. Wir werden in der nächsten Wahlperiode evaluieren, ob man ein vergleichbares System mit zusätzlichen Studienplätzen auch in Kassel oder anderen hessischen Städten etablieren kann.

*6. Die Vergütung im praktischen Jahr muss vereinheitlicht werden. Aktuell gibt es keine gesetzliche Pflicht, aus der hervorgeht, dass für das PJ ein Gehalt zu zahlen wäre, lediglich eine Aufwandsentschädigung, die in Frankfurt bei 399 Euro liegt und in Marburg und Gießen zwischen 300 und 500 Euro variiert, kann gezahlt werden. Die Grenze liegt derzeit beim BAföG-Höchstsatz. Da*

*angehende Ärzte im Praktischen Jahr wertvolle Tätigkeiten in den Kliniken erbringen und oft mehr als 40 Stunden arbeiten, fordert der Marburger Bund eine Vergütung, die sich im Rahmen der Gehälter von Referendaren (Lehrer und Juristen) bewegt. Wie stehen Sie zur Vergütung der PJ-Studenten?*

**Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:**

In der Approbationsordnung ist festgelegt, dass sich die Höhe des PJ-Gehalts am Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) orientiert und muss durch den Bundesgesetzgeber geregelt werden. Wir GRÜNEN in Hessen und im Bund setzen uns gemeinsam dafür ein, dass das BAföG künftig automatisch und regelmäßig erhöht wird und eine ortsabhängige Wohnpauschale enthält. Das kommt dann auch wieder einer fairen und leistungsgerechten Vergütung der Ärzte und Ärztinnen im Praktischen Jahr zugute.

*7. Einzelne Krankenhäuser in Hessen wurden auf Grund von defizitären Lagen in den letzten Jahren geschlossen. Wie wollen Sie in Zukunft mit defizitären Häusern umgehen? Haben andere Häuser überhaupt die Kapazität, diese zusätzlichen Patienten aufzunehmen? Halten Sie eine Krankenhausplanung als Aufgabe der Landesregierung für sinnvoll und wenn ja, wie wollen Sie hier vorgehen?*

**Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:**

Mit der Höhe der Investitionsmittel für die Krankenhäuser steht Hessen seit mehr als zehn Jahren in der Spitzengruppe der Länder. Jährlich werden ca. 240 Millionen Euro als Investitionsmittel an die Krankenhäuser gestellt. Unter GRÜNER Beteiligung wurden diese Mittel durch z.B. das Kommunalinvestitionsprogramm (KIP) weiter erhöht. Außerdem wollen wir die Verbundbildung von Krankenhäusern zusätzlich mit 21 Millionen Euro fördern. So wollen wir Krankenhausschließungen aufgrund hoher wirtschaftlicher Konkurrenz entgegenwirken. Wir GRÜNE wollen an diesen hohen Investitionen festhalten und sie in Zukunft weiter ausbauen, um die Infrastruktur unserer Krankenhauslandschaft in Hessen zu erhalten. Bei Schließungen von Krankenhäusern hat das Land nur ganz geringe Spielräume, wenn das Krankenhaus für die Versorgung rechnerisch relevant ist. Da wir in Hessen eine große Krankenhaussdichte haben, ist das nicht immer der Fall.

*8. Das Land plant keine Ausnahmemöglichkeiten von der Umsetzung der Beschlüsse des GBA in Hessen. Halten Sie dies für sinnvoll?*

**Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:**

Die im September 2018 vom Landtag in Mehrheit angenommenen Änderungen des Hessischen Krankenhausgesetzes regeln auch eine Anpassung an bundesrechtliche Qualitätsanforderungen zu planungsrelevanten Qualitätsindikatoren in § 136c SGB V i.V. mit den §§6, 8 Krankenhausfinanzierungsgesetz. Diese Anforderungen sind bundesweit gültig und werden vom Institut für Qualität und Transparenz im Gesundheitswesen entwickelten und vom Gemeinsamen Bundesausschuss beschlossen. Wir GRÜNE begrüßen dies, da so bundesweit einheitliche Qualitätsmaßstäbe gelten.